Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 241 | Dresden, Freitag den 14. Oktober 1927 | 38. Jahrg.

Bürgermeisterwahl in Dresden

Genosse Dr. Bührer, Pforzheim, als zweiter Bürgermeister gewählt — Schmähliche Politik der Altsozialisten

Die seit nunmehr eindreiviertel Jahren verwaiste Stelle des zweiten Bürgermeisters in Dresden, die durch die Ernennung des Herrn Dr. Külz zum Reichsinnenminister freigeworden war, wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung wieder besetzt. Die Wahl wurde zu einem Siege der Sozialdemokratie über die bürgerlichen Parteien und die Altsozialisten. Im ersten Wahlgang erhielt von den drei Kandidaten der volksparteiliche Dresdner Stadtrat Köppen 37 Stimmen, der sozialdemokratische Anwärter, Bürgermeister Dr. Bührer, Pforzheim, 28 Stimmen und der kommunistische Stadtrat Gruner 10 Stimmen. Bei der Stichwahl zwischen Köppen und Dr. Bührer vermochte ersterer ebenfalls nur 37 Stimmen auf sich zu vereinigen, während der Sozialdemokrat Dr. Bührer 38 Stimmen erhielt und damit zum zweiten Bürgermeister gewählt wurde. Für Herrn Köppen stimmten die Deutschnationalen, die Altsozialisten, die Hausbesitzer, die Demokraten, die Wirtschaftsparteiler und die Deutsche Volkspartei, während der sozialdemokratische Vorschlag im zweiten Wahlgang die Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Volksrechtpartei auf sich vereinigen konnte.

•

Die Hoffnungen des Dresdner Bürgerblocks, mit Hilfe der altsozialistischen Vertreter auch den Posten des zweiten Bürgermeisters für einen Vertreter ihrer Klasse zu sichern, sind damit zunichte geworden. Das Wahlergebnis selbst hatte auf der Seite der Bürgerlichen offensichtliche Bestürzung hervorgerufen, da man bestimmt mit der Wahl des Stadtrats Köppen gerechnet hatte. Darauf deuteten auch die vielerlei Auslassungen in den verschiedenen bürgerlichen Zeitungen in den letzten Tagen hin. Aber das Mißgeschick, von dem diese Herrschaften am Donnerstag abend betroffen wurden, setzte schon vor Monaten ein. Herr Köppen, der seit dem Weggang des Herrn Dr. Külz, das Finanzamt der Stadt Dresden in Vertretung führt, war von vornherein gar nicht jener Favorit, zu dem ihn in letzter Zeit seine Freunde von rechts einschließlich der Altsozialisten machten. Ursprünglich hatten sich die bürgerlichen Parteien auf den der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Beigeordneten Dr. Gärtner in Gelsenkirchen geeinigt. Aber dieser ließ die Herrschaften im Stich, nachdem er in der Zwischenzeit zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählt worden war. Und nun war guter Rat teuer. Man erreichte schließlich in der letzten Sitzung vor den Ferien, am 7. August, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Vertagung der Wahl und nannte als neuen Wahltermin den 13. Oktober. Jetzt erst trat der Vorschlag Köppen, der bisher von den Bürgerlichen nur so nebenbei mit bezeichnet worden war, in den Vordergrund. Trotzdem mochte die Meinung über Herrn Köppen in den Reihen des bürgerlichen Wahlblocks noch immer nicht genügend abgeklärt und vor allem noch nicht einheitlich sein, denn die kleine Gruppe der Demokraten versuchte auf einmal wieder Stimmung für ihren Dr. Külz zu machen, rutschte jedoch damit ab.

Inzwischen rückte auch der Termin der Wiederwahl des dritten Bürgermeisters näher, dessen Amtsperiode am 1. November d. J. abläuft. Um die ungeklärten Verhältnisse noch mehr zu komplizieren, und die Wahl des Herrn Köppen unter allen Umständen sicherzustellen, versuchten die bürgerlichen Parteien beide Wahlen miteinander zu verbinden und an einem Tage zu erledigen, unter Umständen durch nochmalig erzwungene Vertagung. Man wäre dann vielleicht bereit gewesen, der Sozialdemokratie den dritten Bürgermeister zu überlassen, nachdem Sicherheit über den Ausgang der Wahl des zweiten Bürgermeisterkandidaten bestand. Die sozialdemokratische Fraktion durchschaute aber das Manöver und wehrte sich dagegen.

•

Das Aussichtslose der Bestrebungen einsehend, holten nunmehr die Bürgerlichen, nachdem sie sich der unbedingten Fügsamkeit der drei altsozialistischen Vertreter versichert hatten, zu einem Gewaltstreich gegen links aus. Unter Mißachtung und Ausschaltung der Geschäftsordnung brachten sie einen gemeinsamen Antrag auf Zusammenfassung der Wahl der beiden Bürgermeister ein, wobei Bürgerliche und Altsozialisten den bisherigen dritten sozialdemokratischen Bürgermeister Nitzsche zur Wiederwahl vorschlugen, an dem vor allen die Altsozialisten interessiert waren; sie hatten ihre Zustimmung zur Wahl Köppens von der Wiederwahl Nitzsches zum dritten Bürgermeister abhängig gemacht. Diesen Antrag unterzeichneten allerdings die zwei Vertreter der Volksrechtpartei nicht mit, konnten es auch nicht, da sie sich für Einziehung einer der drei Bürgermeisterstellen ausgesprochen hatten. Außerdem lag ein kommunistischer Antrag im Ausschuß zur Verhandlung, der sich in ähnlicher Richtung bewegte.

So lag am gestrigen Tage die Situation. Die bürgerlichen Parteien und Altsozialisten sahen durch dieses Abkommen ihre Pläne zur Wahl Köppens und Nitzsches für absolut gesichert an, da sie annehmen mußten, daß die beiden Vertreter der Partei für Volksrecht und Aufwertung weiße Stimmzettel abgeben würden, so daß Herr Köppen mit einer Stimme Mehrheit gegenüber Dr. Bührer durchs Ziel gegangen wäre. Diesmal aber klappte das Manöver dieser Leute nicht. Ohne viel Worte — die Herrschaften drüben waren ja ihrer Sache vollkommen sicher, hatte doch selbst der Oberbürgermeister sein lebhaftes Interesse an der Sache nutzbringend verwendet — schritt man zur Wahl, die schließlich zu der empfindlichen Niederlage aller an den bürgerlich-altsozialistischen Machinationen Beteiligten führte.

•

Die bürgerlichen Parteien des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums mitsamt ihrem Oberbürgermeister Dr. Blüher haben eine Schlappe erlitten. Für die Altsozialisten wurde der Ausgang der Wahl zu einer der schlimmsten ihrer politischen Niederlagen. Der Dank wurde diesen Lakaien des Bürgertums sofort nach Abschluß der Wahl zuteil, als die Rechtsparteien ihren Antrag auf sofortige Wiederwahl des dritten Bürgermeisters zurückzogen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! Die Altsozialisten hatten sich für die bürgerlichen Interessen einspannen lassen, das Geschäft wurde zur Pleite. Nunmehr fühlen sich die bürgerlichen Parteien nicht mehr verpflichtet, das Abkommen zu respektieren und den Lohn zu erstatten. Zur politischen Niederlage wurde so den Wirth und Biebrach noch die Blamage zuteil.

So reiht sich bei den ASPS.-Leuten ein Verrat der proletarischen Klasseninteressen an den anderen. Die verwerfliche Landespolitik der Heldt und Bethke spinnt ihre Fäden auch in die Rathäuser der großen Kommunen. Um die Ministersessel im Lande für die Altsozialistische Partei zu schützen, besorgen diese „alten und erfahrenen Politiker" überall dort die Geschäfte der Reaktion, wo sie ihnen die Blüher und Konsorten abverlangen. Wo sie, wie im vorliegenden Falle, wiederholt ihr Versprechen zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben, fallen sie im entscheidenden Augenblick um und verlieren den rechten Blick für die Kompliziertheit des politischen Geschehens. Ihnen genügte selbst nicht die feste Zusicherung, daß auch die sozialdemokratische Fraktion sich mit aller Kraft für die Wiederwahl des jetzigen dritten Bürgermeisters einsetzen würde. Das bürgerliche Versprechen galt ihnen mehr als das Wort der Sozialdemokraten, als welche sie sich noch immer ausgeben. Aus dem Verrat entstanden sie, vom Verrat fristen sie ihr trauriges Dasein!

Die Herrschaften haben ihren Lohn für ihr trübes Verhalten am gestrigen Abend von ihren bürgerlichen Partnern empfangen. Die schallende Ohrfeige, die sie durch die Zurückziehung des Antrages über die dritte Bürgermeisterwahl empfingen, wurde zur Bloßstellung für die Altsozialisten und machte sie und ihre Politik lächerlich. Denn wieder werden dieser Mißerfolg und die Entwirrung der feingesponnenen Fäden zwischen Reaktion und den Altsozialisten zur Aufklärung auch noch bei allen jenen beitragen, die sich aus irgendwelchen Gründen für den einen oder anderen dieser politischen Wichtigtuer schließlich noch ein Fünkchen Sympathie bewahrt hatten.

•

Die Sozialdemokratie ist mit dem Ausgang der Wahl sehr zufrieden. Der monatelange, den Blicken der breiten Oeffentlichkeit verborgen gebliebene Kampf ist zugunsten der Arbeiterschaft entschieden worden. Mit Begeisterung und Beifallssturm wurde die Bekanntgabe des Resultats von den sozialdemokratischen Vertretern und der Tribüne aufgenommen. Wir triumphieren über die politischen Ränke der Reaktionsparteien. Wieder ist ein wichtiges Bollwerk in den Besitz der Arbeiterklasse übergegangen. Wir freuen uns des Erfolges. Mögen auch unsere Gegner sonstwelche Kombinationen, wie das bereits gestern abend zu hören war, an den Ausgang der Wahl knüpfen, es stört uns nicht! Uns kommt es allein darauf an, die errungene Position für die arbeitende Klasse und minderbemittelte Bevölkerung zu nutzen.

•

Genosse Dr. jur. Bührer aus Pforzheim ist am 2. Januar 1882 in Offenburg in Baden geboren. 1905 bestand er die erste, vier Jahre später die zweite Staatsprüfung. Es folgte der Vorbereitungsdienst bei Gerichten, der Staatsanwaltschaft und dem Bezirksamt. Er war dann Assessor bei der Staatsanwaltschaft, hierauf Hilfsarbeiter im Justizministerium. Nachdem er Amtsrichter und später Landgerichtsrat geworden war, wurde er 1921 zum Bürgermeister von Offenburg gewählt. 1923 wurde er durch die Rheinlandbesatzung ausgewiesen; seit dem gleichen Jahre befindet er sich in der gegenwärtigen Stellung.

Reichsschulgesetz im Reichsrat abgelehnt!

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Drahtber.) In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde das Reichsschulgesetz mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Suche nach dem Dritten

Der Verfall der Demokraten

S. **Weimar**, 13. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Die Mehrheitsverhältnisse im Thüringer Landtag liegen auf des Messers Schneide. Die Regierungsmehrheit im Plenum beträgt 29 gegenüber 27 Oppositionellen. Vier von den Regierungstreuen und ein Oppositioneller sind Wilde, gehören keiner Fraktion an und sind deshalb nicht in den Ausschüssen vertreten. Hier hat deshalb die Opposition die Mehrheit. Das hat die Regierung in den letzten Tagen schon mehrfach gespürt. Die zwei auf der demokratischen Liste gewählten Abgeordneten sind deshalb auf der Suche nach einem dritten Mann, um wieder eine Fraktion bilden zu können. Zunächst sind sie als Gäste in den Ausschüssen aufgetaucht, hören zu und halten Umschau nach dem dritten Mann. Nun hört man, daß mit der Wirtschaftspartei verhandelt wird, um einen jetzt der Wirtschaftspartei, früher der Demokratischen Partei angehörigen Abgeordneten für die Demokraten freizumachen. Dieser Abgeordnete würde sozusagen auf Kredit von der Wirtschafts- an die Demokratische Partei abgegeben werden. Das parlamentarische Leben würde damit um einen neuen Typ, und zwar den des verlumpten Abgeordneten, bereichert werden.

Deutschnationale gegen Deutschnationale

D. **Berlin**, 14. Oktober. (Eig. Funk.) Vor wenigen Tagen faßte ein Vertretertag der Deutschkonservativen Partei in Frankfurt eine unverschämte Entschließung gegen die Republik. Die Resolution endete mit einer Treukundgebung für den Flüchtling in Doorn. Dazu läßt die Deutschnationale Volkspartei jetzt offiziell mitteilen, daß diese Entschließung ohne ihre Mitwirkung entstanden ist und für sie nach Form und Inhalt keinerlei Verbindlichkeit besitzt.

Diese überraschende Erklärung hat heute die deutschnationale Deutsche Zeitung auf den Plan gerufen. Sie bezeichnet sie als höchst seltsam und verweist darauf, **daß die konservative Entschließung im Grunde genommen nur das enthielt, was auch im Programm der Deutschnationalen Volkspartei stehe** und was in allen deutschnationalen Wahlaufrufen verkündet würde. So wird die deutschnationale Zwiespältigkeit bereits in eigenen Organen festgestellt. Nur Marx merkt davon immer noch nichts.

Rakowski fallengelassen

Aber Moskau beanstandet die französischen Gründe

P. Paris, 14. Oktober. (Eig. Funk.) Das Auswärtige Amt teilte am Donnerstag abend offiziell mit, daß die Sowjetregierung ihren Botschafter in Paris abberufen habe. Rakowski soll durch den bisherigen Botschafter in Tokio ersetzt werden.

P. **Paris**, 14. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Die Sowjetregierung nimmt zu der Abberufung Rakowskis in einer ausführlichen Note Stellung, die in der französischen Morgenpresse veröffentlicht wird. Rußland lehnt darin die von der französischen Regierung gegen Rakowski vorgebrachten Argumente ab und erklärt, daß die französische Regierung zwar das Recht habe, die Abberufung eines ausländischen Botschafters zu verlangen, aber ein derartiges Ersuchen „andere Gründe" haben müsse, als sie im Falle Rakowski vorgebracht worden seien. Die Sowjetregierung müsse deshalb jede Verantwortung für die Folgen des Schrittes der französischen Regierung ablehnen. Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sowjetregierung natürlich nicht umhin könne, von dem Verlangen der französischen Regierung Notiz zu nehmen, ohne daß sie deshalb die gegen ihren Botschafter in Paris vorgebrachten Gründe billige.

Hat die Reichsregierung vermittelt?

Die Pariser Blätter nehmen die Abberufung ziemlich kommentarlos entgegen. U. a. weisen sie daraufhin, daß der Nachfolger Rakowskis politisch ein ziemlich unbeschriebenes Blatt sei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19271014/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG